

Kinder haften für ihre Eltern *Atommüll günstig abgegeben*

Wer zahlt für den ganzen Dreck? Die Gorlebener Atommüll-Lagerhallen und die PKA werden bisher von einer Tochterfirma der Stromkonzerne betrieben, der „Gesellschaft für Nuklear-Service“ (GNS).

Mit der Gründung des Atommüll-Fonds gehen künftig sämtliche Kosten-Risiken an den Staat. Laut Bundestags-Beschluss von Ende 2016 können sich die AKW-Betreiber mit der Einmalzahlung von 23 Milliarden Euro von jeder Haftung für die strahlenden Abfälle befreien. Damit gehen auch die Zwischenlager samt Inhalt 2019/2020 an eine staatliche Gesellschaft. Die Atomwirtschaft ist fein raus.

In Gorleben wird der Staat den AKW-Betreibern die Atommüll-Hallen und die PKA sogar abkaufen. So fließt ein Teil ihrer Fonds-Einzahlungen gleich wieder an sie zurück.

Reichen die 23 Milliarden im Fonds am Ende nicht aus – wovon auszugehen ist – trägt das künftige Kostenrisiko die Allgemeinheit.



Alter Geist in neuen Flaschen *Ein Neustart, der keiner ist*

Im März 2017 beschloss der Bundestag ein neues **Standortauswahlgesetz (StandAG)**. Es definiert das Verfahren, mit dem nach einem langfristigen Lager für hochradioaktiven Atommüll gesucht wird:

PHASE 1: Behörden benennen nach geologischen Kriterien Standorte

PHASE 2: Es werden seismische Messungen und Bohrungen vorgenommen

PHASE 3: In ausgewählten Standorten wird untertägig erkundet

Der Zeitplan sieht vor: Standortentscheidung 2031, Einlagerungsstart 2050, Verschluss des Bergwerks etwa 2080. Niemand hält diesen Zeithorizont für realistisch. Selbst wenn das Projekt nicht scheitert, wird es Jahrzehnte länger dauern.

Ursprünglich sollte das **StandAG** einen „Neustart“ darstellen. Die Realität sieht jedoch anders aus:

- **Gorleben ist der einzige schon im Gesetz erwähnte Standort** – und, weil er ein Bergwerk hat, für die 3. Phase quasi schon gesetzt. Im Zuge des neuen Suchverfahrens steht zwar ein teilweiser Rückbau oberirdischer Anlagen an; das Bergwerk wird jedoch offen gehalten.
- **Die Mängel des Salzstocks** werden durch die im Gesetz festgeschriebenen Kriterien systematisch ignoriert.
- **Nur Bundestagsabgeordnete können Gorleben kippen** – denn alle wesentlichen Entscheidungen im Suchverfahren trifft der Bundestag. Weil aber keine Region den Müll haben will, ist eine Mehrheit gegen Gorleben unwahrscheinlich.
- **Klagemöglichkeiten gegen die Standort-Entscheidung sind stark eingeschränkt.**
- **Betroffene haben keine Mitbestimmungsrechte.**

.ausgestrahlt fordert: *Aus Gorleben lernen!*

Soll das Atommüll-Problem nicht weiter verschärft werden, müssen alle Atomkraftwerke und -fabriken sofort abgeschaltet werden. Es darf kein weiterer Müll produziert werden! .ausgestrahlt fordert außerdem:

- Echte Bürger*innen-Beteiligung und ein Veto-Recht der betroffenen Bevölkerung bei der Standortsuche
- Bei künftigen Kostensteigerungen müssen die Atomkonzerne weiterhin finanziell haften
- Einen gesellschaftlichen Verständigungsprozess darüber, was mit dem hochradioaktiven Atommüll geschieht, wenn die „Lebenszeit“ der Castor-Behälter von 40 Jahren um ist
- Der ungeeignete Salzstock Gorleben muss aus dem Verfahren ausscheiden. So lange er im Topf bleibt, ist erwiesen, dass auch die neue Suche nicht nach geologischen Kriterien abläuft

Mehr Infos in der vierteiligen Plakatserie „Gorleben soll leben“
www.ausgestrahlt.de/shop



Zahlreiche Initiativen und Organisationen, an erster Stelle die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, kämpfen gegen ein Atommüll-Lager im Gorlebener Salzstock: www.bi-luechow-dannenberg.de

.ausgestrahlt e.V.
Große Bergstraße 189
20767 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

1. Auflage, Mai 2017
ViSdP: J. Stay

Spendenkonto:
.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank

.ausgestrahlt ist als gemeinnützig anerkannt.
Spenden sind steuerlich absetzbar.



Gorleben: Trügerische Ruhe

Der Standort bleibt im Spiel

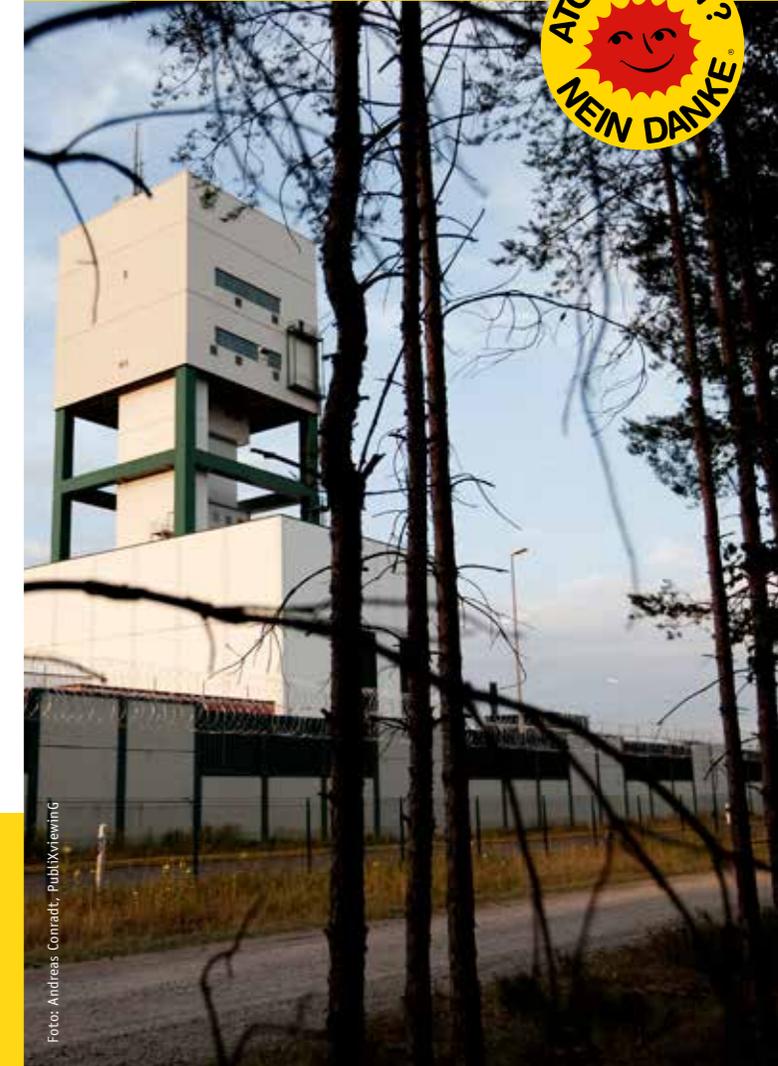


Foto: Andreas Conradt, PubliXviewing



.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie

40 Jahre Konflikt

Gorleben und kein Ende...

Im Februar 1977 bestimmte der damalige niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU): Das kleine Dorf Gorleben solle Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ sein, inklusive eines Ewigkeits-Lagers für hochradioaktiven Atommüll tief im Salzstock.

Schon früh mahnten Wissenschaftler*innen, dass der Salzstock zu viele Mängel aufweist, um radioaktive Abfälle für Jahrtausende sicher zu lagern.

Jahrzehntelang ließ die Bundesregierung dennoch „erkunden“, ob der Salzstock geeignet ist – in Wirklichkeit wurde das Bergwerk bereits für die künftige Atommüll-Einlagerung ausgebaut. Gorleben diente als „Entsorgungsnachweis“ für die Abfälle der AKW.

113 Castoren lagern oberirdisch

Zwischen 1995 und 2011 wurden insgesamt 113 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll aus AKW und Plutonium-Fabriken nach Gorleben gebracht. Sie lagern in einem oberirdischen Zwischenlager, wenige hundert Meter vom Bergwerk entfernt.

Seit über 40 Jahren wehren sich Atomkraftgegner*innen aus dem Wendland und der ganzen Republik gegen die Pläne zur tiefengeologischen Atommüll-Lagerung in Gorleben. Sie haben bis heute die Festlegung auf diesen Standort verhindert, einen gesetzlichen Stopp der Castor-Transporte nach Gorleben erzwungen, die Inbetriebnahme der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) und den Bau einer riesigen Plutoniumfabrik verhindert.

Im März 2017 verabschiedete der Bundestag das „Standortauswahlgesetz“, das das Verfahren zur Suche eines Atommüll-Lagers neu festlegt. Trotz der bekannten Mängel ist Gorleben darin immer noch nicht ausgeschlossen.



Foto: Christian Mang, imagedeluxe.net

Vom Zwischenlagern, Umlagern und Endlagern

Die Illusion einer Lösung

Castor-Halle

... eine einfache Leichtbauhalle („Kartoffelscheune“)

- mit 113 Castor-Behältern gut zu einem Viertel befüllt
- weder gegen Beschuss noch Flugzeugabsturz gesichert
- mit Lüftungsschlitzen, aus denen ungefiltert die von Castoren erwärmte Luft austritt
- mit einer Betriebsgenehmigung bis 2034

Die Castor-Behälter sind nur für 40 Jahre ausgelegt. Was nach 2034 mit dem Atommüll geschehen soll, weiß niemand.

Pilot-Konditionierungs-Anlage (PKA)

... eine Anlage, in der das Umfüllen hochradioaktiven Atommülls aus Castoren für eine Tiefenlagerung entwickelt und erprobt werden sollte. Da für letzteres immer noch ein Konzept fehlt, wurde die PKA nie benutzt. Nun soll sie als Reparaturwerkstatt für defekte Castor-Behälter dienen.

Fass-Lager

- ... eine Industrie-Leichtbauhalle, die
- seit 1984 mit schwach- und mittelaktiven Abfällen aus AKW befüllt wird
 - mehr als 3.000 Behälter birgt, die, eng gestellt, nicht einzeln überwacht werden können und teilweise von Rostfraß befallen sind
 - weder gegen Beschuss noch Flugzeugabsturz gesichert ist
 - immer noch weiter mit Atommüll befüllt wird

Bergwerk im Salzstock

... der Ort, an dem alle hochradioaktiven Abfälle aus deutschen Atomanlagen verbuddelt werden sollten, obwohl das Salz direkten Kontakt zum Grundwasser hat, unter dem Salzstock große Gasvorkommen lagern und sich das Ganze in einer relativ aktiven geologischen Störungszone befindet. Das Projekt hat bereits 1,6 Milliarden Euro verschlungen. Seit 2012 wird nicht weitergebaut, aber die Schächte offen gehalten, weil Gorleben auch im neuen Suchverfahren gesetzt ist. Bis heute lagert kein Atommüll unter Tage.

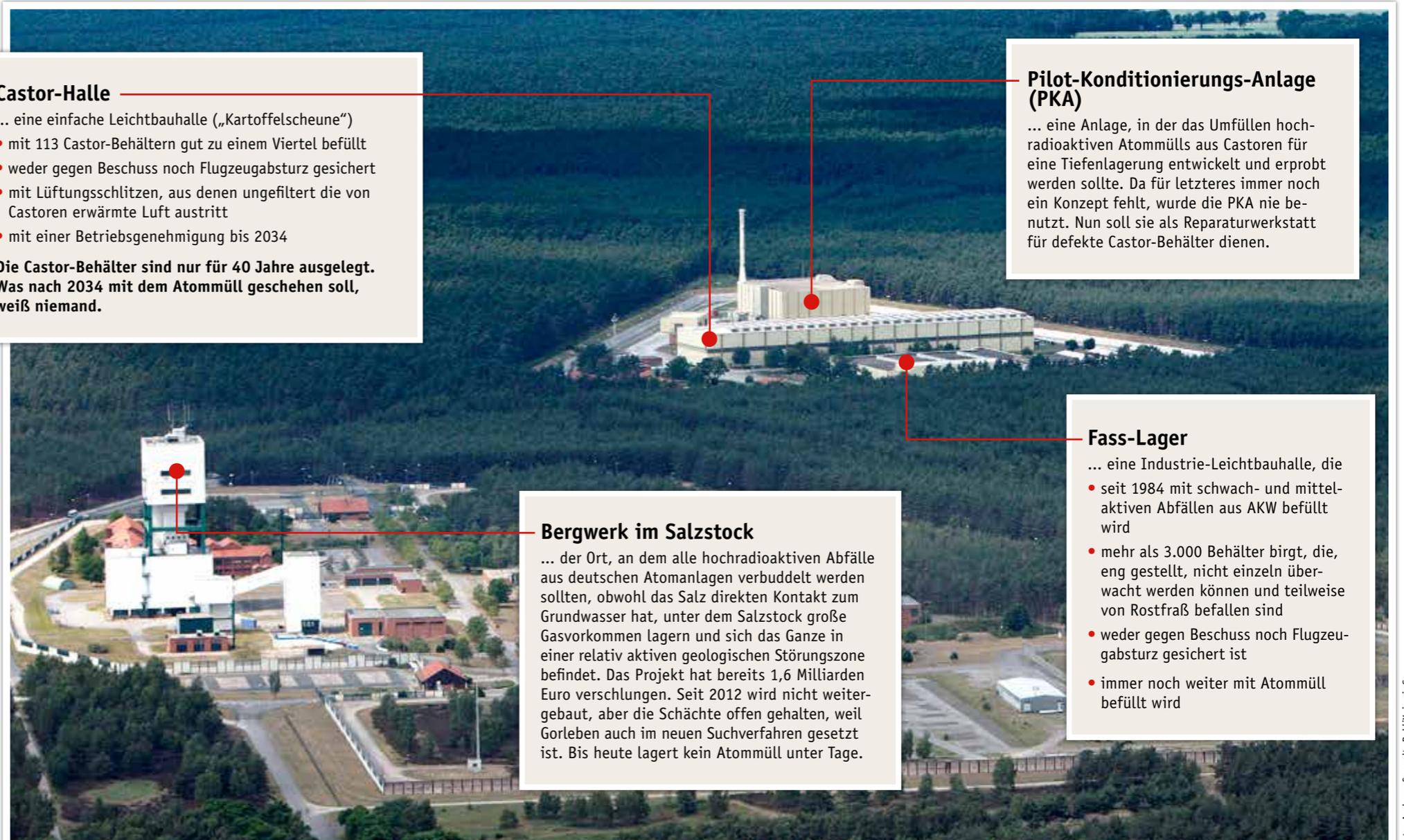


Foto: Andreas Conrad, PubliXviewing